

editorial

Billa-Billig-Bildung

Die Universitäten und deren Angehörige **sollen, sollen, sollen**,

Die Regierung ist auf einem „**Soll-Trip**“, der nun auch die Universitäten voll erfaßt hat.

Die StudentInnen **sollen** bald eine Studiensteuer zahlen.

Die StudentInnen **sollen** dafür KundInnen (statt wie bisher KollegInnen) mit einem erweiterten Prüfungs- und Lehrangebot werden, nach dem Motto: „ die Kundin/ der Kunde ist Königin/König“.

Die Prüfungsgelder **sollen** (teilweise) eingespart werden.

Die Kollegengelder **sollen** reduziert werden.

Ein neues Dienstrecht **soll** die Universitätsangehörigen zu Spitzenleistungen treiben.

Die Universitäten **sollen** ausgegliedert (privatisiert, „Vollrechtsfähigkeit“) werden und in einen nationalen sowie internationalen Wettbewerb treten.

Was hat das Alles mit **Billa** und „**Billig**“ zu tun?

Ganz einfach durch eine Betrachtung dieses **Sollens** mit der Zukunft („**werden**“) erklärt:

Die StudentInnen **werden** bald eine „Grund“-Studiensteuern -und in der „Vollrechtsfähigkeit“ eine weitaus höhere „Leistungs“-Studiensteuer- zahlen -das wird **nicht billig!**

Die StudentInnen **werden** ein stark reduziertes Prüfungs- und Lehrangebot erhalten, weil dafür keinerlei finanzielle Bedeckung durch die Budgets 2001/2002 vorgesehen ist (das ist dann **billiger!**).



VertragsassistentInnen **werden** in Zukunft weniger Gehalt wie ein(e) **Billa**angestellt(e)r mit Samstagdienst (Kollegengelder ade) erhalten.

Talentierte UniversitätsabsolventInnen **werden** sich von einem neuen Dienstrecht nicht zu **billigen** Spitzenkräften ohne Karriereaussichten machen lassen.

Einzeln Universitäten **werden** in der Vollrechtsfähigkeit, unter Berücksichtigung der oben angeführten „**werden**“-Gesichtspunkte, weder in einen nationalen Wettbewerb (**Billa** kauft die nationale Konkurrenz - einige Studienrichtungen werden an einzelnen Universitäten nicht mehr angeboten) treten, noch in einem internationalen Wettbewerb (REWE kauft **Billa** - wer studiert schon an einer Österreichischen Universität mit Studiengebühren und einem minimalisierten Studienangebot) überleben können.

Die **Bildung**spolitik, mit all seinen Aspekten wie z.B. Lehre, Forschung, Wissenschaft und Kultur, wird von den Regierenden hinter Einkaufen bei **Billa** (der Wirtschaftsstandort Österreich muß gesichert werden) und unter Verwendung **billiger** Argumente (es muß überall gespart werden) in den Hintergrund gedrängt. Eine Schande für ein Land mit über 1000-jähriger Geschichte und unzähligen weltweit anerkannten geistigen Größen, die aus dem universitären Bereich kamen und (noch) kommen.

Leopold Jirovetz

 *Der Vorstand des Universitätslehrerinnen - und lehrer
Verbandes der Universität Wien wünscht ein gesegnetes
Weihnachtsfest und ein Prosit 2001* 

quo vadis, universitas litterarum??

QUO VADIS, UNIVERSITAS LITTERARUM??

oder "Perspektiven für Forscher und..."

Eindrücke von einer aktuellen Podiumsdiskussion

Auf Einladung der österreichischen Biochemischen, Physiologischen und Pharmakologischen Gesellschaft, der österreichischen Gesellschaft für Neurowissenschaften und der österreichischen Gesellschaft für Genetik und Gentechnik fand am 29. September 2000 im Juristen-Sitzungssaal der Universität Wien eine äußerst gut besuchte Podiumsdiskussion statt. Zum Thema "Perspektiven für Forschung und Entwicklung" war eine hochkarätige Rednerliste angesagt. Angeführt vom Vorsitzenden der Rektorenkonferenz, Magnifizienz Univ.-Prof. Dr. Georg Winckler, führte die Liste über seinen Vorgänger, Rektor magnificus Univ.-Prof. Dr. Peter Skalicky, den Vertreter der Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals (BUKO), a.o. Univ.-Prof. DI Dr. Gerhart Braunegg und den Präsidenten des FWF, Univ.-Prof. Dr. Arnold Schmidt, zu den Vertretern der Minister Gehrler und Schmid, den Sektionschefs Dr. Raoul Kneucker und Dr. Norbert Rozsenich.

Nach einleitenden Worten von a.o. Univ.-Prof. Dr. Sigismund Huck, durch den die Einladung erfolgt war und kurzen Begrüßungsworten der Vorsitzenden der einzelnen wissenschaftlichen Gesellschaften, begannen die Referenten, moderiert durch Erich Witzmann, Redakteur der "Presse", in zehnminütigen Kurzreferaten ihre Standpunkte zum Thema klarzulegen. So stellte Rektor Winckler gleich zu Beginn fest, daß trotz aller im Regierungsprogramm festgeschriebenen Verbesserungen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Österreich heuer lediglich 1,63% des Brutto-Inlandsproduktes (BIP) betragen werden. Damit liegen wir weit unter dem EU-Durchschnitt und auch weit entfernt von den versprochenen 2,5% des BIP. Wenn man sich dann im weiteren sagen lassen muß, daß von diesem geringen Wert nur 0.57% für die universitäre Forschung zu Verfügung stehen, weiß man bereits um den Stellenwert, den die Universitäten derzeit bei den Entscheidungsträgern haben, Bescheid. An den Abschluß seiner Ausführungen stellte der Vorsitzende der Rektorenkonferenz folgende Forderungen: Grundlagen- und angewandte Forschung sollen in Zukunft vernetzt werden; weiters gilt es, neue Förderprogramme aufzubauen, die Forschung ergebnisorientiert durchzuführen und sich nach geeigneten Partnerschaften umzusehen. Ferner wird die Evaluierung auch in diesem Bereich eine immer größere Rolle spielen, was letztendlich nur wenige, gut strukturierte Forschungsprogramme übrigbleiben läßt.

Im Anschluß daran sparte der Rektor der Technischen Universität Wien, Prof. Skalicky, nicht mit pointierter Kritik an der derzeitigen Politik. Er stellte als Grundaussage fest, daß der Stellenwert der Forschung ein gesellschaftspolitisches Problem ist. Als Beispiel einer negativen Entwicklung berichtete er von einer Aussage des Vorstandes der österreichischen Akademie der Wissenschaften, derzufolge es besser sei, anstelle der beabsichtigten Studiengebühren im Raum Wien eine naturwissenschaftliche Fakultät zu schließen. Er verwahrte sich in diesem Zusammenhang gegen jede Einsparung auf Kosten der Vielfalt in der Wissenschaft und schloß sein Statement mit der Gleichung: die Frage nach der Forschungspolitik ist gleich der Frage nach der allgemeinen Politik.

Einen besonders pessimistischen Bericht gab der Vertreter der BUKO, Prof. Braunegg aus Graz. Er monierte zunächst, daß es nur marginale Kontakte zwischen der Forschung, egal ob sie jetzt als Grundlagen- oder angewandte Forschung angelegt ist, und dem Anwender der Ergebnisse gibt. Ferner sei es derzeit leichter, Verbindungen ins Ausland zu knüpfen, als inländische Partner zu gewinnen.

Nach diesen drei Darstellungen einer aus universitärer Sicht prekären Lage gibt Professor Schmidt als Vertreter des größten wissenschaftlichen Fonds des Landes eine Übersicht darüber, wie erfolgreiche Forschungspolitik zu machen ist. Er hält eingangs fest, daß - sollte der angestrebte Wert von 2,5% des BIP in einigen Jahren erreicht werden - dafür die Mittel jedes Jahr um einen zweistelligen Milliardenbetrag aufgestockt werden müßten. Wie wahrscheinlich das in Zeiten von Sparpaketen ist, kann sich, so glaube ich, jeder leicht ausrechnen. Weiters berichtete Prof. Schmidt, daß der FWF nur zum geringen Teil vom Bildungs-, großteils jedoch vom Innovationsministerium budgetiert wird. Dieser Umstand wurde zuvor bereits von Rektor Winckler kritisiert. Dieser verlangte die Rückverlegung der den FWF betreffenden Kompetenzen zum Bildungsministerium. Prof. Schmidt betonte weiters, daß nur mit einer längerfristigen Forschung im mitteleuropäischen Raum zu reüssieren ist. Er stellte die unschätzbaren Früchte einer erfolgreichen Forschungspolitik ins Zentrum seiner Ausführungen. Dazu zählen eine generelle Bereicherung des kulturellen Lebens, der Aufbau von Kompetenz, die Generation von "manpower" und die allgemein gewünschte Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Forschungsmarkt. Zu unverzichtbaren Ingredienzien einer erfolgreichen Forschungspolitik, so hielt Prof. Schmidt abschließend fest, gehören ein internationales peer review-System, die Betonung des "bottom-up" sowie Evaluierung und benchmarking der Forschungsförderungsinstitute, wie es für den FWF selbstverständlich ist.

Als erster Regierungsvertreter sprach Sektionschef Kneucker. Er stellte zu Beginn fest, daß er in Vertretung und im Auftrage von Frau BM Gehrler spricht und nicht im eigenen Namen. Zunächst brachte er eine Grundsatzrede, die Frau BM Gehrler anlässlich der Installierung des Rates für Forschung und Entwicklung gehalten hatte, zur Kenntnis. Weiters bezog er sich auf die Erklärung der Regierung vom 11. Juli dieses Jahres. Er korrigierte die von Rektor Winckler getätigte Aussage dahingehend, daß nicht 1,63 sondern vielmehr 1,8 Prozent des BIP heuer für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden, wobei er sich auf die Basis von 1998 bezog. Weiters kündigte er die Freigabe von Sondermitteln in großer Zahl an. Diese werden aber den Universitäten nicht direkt zugute kommen, sondern besonderen Programmen (???) vorbehalten werden. Er hielt den Universitäten generell vor, daß sie sich von einer input- auf eine output-Orientierung umstellen müssten und stellte die Universität für Bodenkultur als leuchtendes Beispiel vor. Von den Ländern forderte er eine höhere Beteiligung an den Forschungsausgaben, da derzeit nur die Steiermark und Oberösterreich entsprechende Investitionen tätigten. Zuguterletzt hing Sektionschef Kneucker noch mit der Ankündigung, bereits ab März 2001 sollte ein neues Dienstrecht in Kraft sein, ein wahres Damoklesschwert in den Raum: weiß doch bislang keiner, den es betrifft, wie dieses beschaffen sein wird! Auch monierte er, daß österreichische Wissenschaftler zu wenig flexibel seien: wir hätten keine Experten in Brüssel, keine in der FAO und auch niemanden in der WHO. Er verlangte daher, daß sich österreichische Forscher umgehend um solche Posten zu bewerben hätten. Das dort erworbene Wissen sollten sie aber nicht an ihrer Universität anwenden; nein, sie sollten diese für das Ministerium (sic!!!) erwerben!

Anschließend an diese Kostprobe der neuen Politik in unserem Land sprach Sektionschef Rozsenich. Er verwahrte sich zunächst gegen die allgemeine Kritik von Rektor Skalicky und hielt dann fest, daß trotz der Aufteilung der Kompetenzen auf zwei Ministerien alles besser geworden sei. Herr BM Schmid werde die Förderung sogenannter Kompetenzzentren, von denen eines derzeit an der Technischen Universität Wien etabliert wird, erhöhen. Daher sei nicht daran zu rütteln, daß die Verantwortlichkeit für die Forschungs-GmbH und die Fonds beim Innovationsministerium bleiben werden.

Im Anschluß an diese "geballte Ladung" konnten zunächst die Vorstände der einladenden Gesellschaften ihre Statements zum Gehörten bringen. Wie man sich leicht vorstellen kann, fielen diese im Grundton sehr kritisch aus. Zunächst wurden die

massiven Einschnitte bei der Finanzierung der Infrastruktur kritisiert und die Frage an die Ministervertreter gerichtet, wann damit zu rechnen ist, daß zumindest der Stand von 1998 wieder erreicht wird. Des weiteren wird kritisch angemerkt, daß im Referat von Sektionschef Kneucker immer nur von "Programmen", nie aber von der Grundlagenforschung die Rede war. Zuletzt wurde betont, daß bei allen Betrachtungen nicht vergessen werden darf, daß die Universitäten zur Einheit von Forschung und Lehre verpflichtet sind.

Ich habe mir zu diesen Einwänden, die meiner Sicht der Lage vollinhaltlich entsprechen, keine Antworten notiert und überlasse es dem Leser, daraus seine Schlüsse zu ziehen. Eines scheint jedoch sicher zu sein: unter diesen Prämissen wird bereits in allernächster Zukunft die derzeit an den Universitäten mögliche Vielfalt in der Forschung, von der unsere Arbeitsstätten ihren Namen herleiten, wenn überhaupt, dann nur mehr sehr schwer möglich sein. Wie sich das dann allerdings mit der - immerhin im Staatsgrundgesetz festgeschriebenen - persönlichen Freiheit der Forschung und Lehre verträgt, wird genau zu hinterfragen sein.

Ass.-Prof. Dr. Michael Pretterklieber
Stellv. Vorsitzender des ULV an der Universität Wien

In eigener Sache - Mitgliedsbeitrag 2000/2001

Dieser Folge der UL-Informationen liegt der Zahlschein für den Mitgliedsbeitrag für das laufende Studienjahr bei. Den Betrag können Sie im Rahmen von S 280.- bis 600.- selbst bestimmen, er ist **steuerlich absetzbar**.

Der **Universitätslehrerverband** an der Universität Wien ist **parteungebunden**; wir erhalten keine Subventionen und finanzieren unsere Arbeit ausschließlich aus den Beitragszahlungen unserer Mitglieder. In der jetzigen hochschulpolitischen Situation gewinnt die Mitwirkung in auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhenden Vereinigungen zunehmend an Bedeutung.

Durch Einzahlung des Mitgliedsbeitrags können Sie ohne weitere Formalitäten Mitglied unseres Verbandes werden. Sie unterstützen damit unsere Tätigkeit und gewinnen eine Plattform für Ihre eigenen Anliegen.

Edith Specht, Kassierin.

Der Vorstand des ULV der Universität Wien gibt bekannt:

Herr Kollege **Christian Cenker** (christian.cenker@univie.ac.at) von der SOWI-Fakultät hat die Betreuung unserer **ULV-Homepage** übernommen und diese auf der Universitäts-Homepage unter: www.univie.ac.at/ULV installiert.

Herzlichen Dank dafür!!!

Wer Informationen oder Stellungnahmen in diese Homepage stellen will, der soll mit Christian Cenker (email-Adresse siehe oben) direkt Kontakt aufnehmen.

Über zahlreichen Besuch dieser Homepage würden wir uns freuen!

Die innere Organisation der Universität ist selbst vielen Universitätsangehörigen nicht ganz vertraut. Vor allem die unterschiedlichen Vertretungskörper und die Frage ihrer Rekrutierung, des Zusammenwirkens ebenso wie die der jeweiligen Funktion, stoßen immer wieder auf erstaunliche Wissensdefizite. Der folgende Beitrag ist der Beschreibung der inneren Organisation und der Vertretungskörper einer großen Universität gewidmet. Die Redaktion hat dabei ganz bewußt auf die Darstellung einer jüngeren Kollegin zurückgegriffen, in deren Notizen über formale Gegebenheiten sich immer wieder Spuren der Wahrnehmung des Ist-Zustandes finden. Infolge seiner Länge erscheint der Beitrag in mehreren Fortsetzungen.
Die Redaktion

Wahrnehmungen von einer Universität, Teil 1

Allgemeines

Die Bezeichnung 'Universität' kommt zwar von 'universitas', d.h. der Gesamtheit der StudentInnen und LehrerInnen, aber an der Universität Wien kann von einer Einheit keine Rede sein. Der Aufbau ist über weite Strecken streng hierarchisch. Zunächst wird zwischen wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Personal unterschieden. Zu letzterem gehören alle Personen der Universitätsverwaltung unabhängig von ihrem Bildungsstand, also Hausarbeiterinnen, Sekretärinnen, Bibliothekarinnen, in der Rechts- und Organisationsabteilung tätige Juristinnen usw. Das wissenschaftliche Personal umfasst alle Personen, die in Forschung und/oder Lehre tätig sind und in einem Dienstverhältnis (derzeit noch) zum Bund, in Hinkunft wohl: zur Universität stehen. Es gliedert sich in zwei sog. Kurien: die ProfessorInnen und der sog. Mittelbau. Eine dritte Kurie bilden die Studentinnen. Der eigene Status bestimmt also die Zugehörigkeit zu einer Kurie. Im allgemeinen werden universitäre Gremien im Verhältnis 2:1:1 besetzt, d.h. auf zwei ProfessorInnen kommt eine Mittelbauangehörige und eine StudentIn. In manchen Gremien sind auch Mitglieder des nicht-wissenschaftlichen Personals vertreten, z.B. Sekretärinnen. Das UOG 1993 hat die Entscheidungsgewalt von den paritätischen Gremien weg und hin zu Einzelpersonen verlagert, bei denen es sich in den meisten Fällen um ProfessorInnen handelt. Manche Ämter wie vor allem das des Rektors sind ordentlichen UniversitätsprofessorInnen vorbehalten, eine zunehmende Zahl wird aber auch von außerordentlichen ProfessorInnen wahrgenommen. Dazu gleich mehr.

Professorenkurie

Die höchste Kurie ist die der ProfessorInnen. Diese Gruppe kennt seit einigen Jahren etliche interne Unterteilungen. 'O. Prof.' steht für 'ordentliche ProfessorIn' - diese Professorinnen wurden vor 1998 aufgrund eines Berufungsverfahrens ernannt. Früher repräsentierte jede(r) o. Prof. einen Lehrstuhl, d.h. ein besonderes Fachgebiet innerhalb des Instituts, dem er/sie zugeordnet war. Die Lehrstühle sind seit 1975 formell abgeschafft, aber der Ausdruck wird nach wie vor verwendet. Ein(e) o. Prof. hat die besondere Möglichkeit der Emeritierung - d.h. sie muss nicht mit 60 bzw. 65 Jahren in Pension gehen, wie das zum Zeitpunkt dieser Verträge noch die Norm war, sondern kann auf Wunsch bis zu seinem/ihrer 67./68. Lebensjahr weiterarbeiten (d.h. 2-3 Jahre mehr für Männer, 7-8 Jahre mehr für Frauen) und erhält dann bis zum Lebensende weiterhin einen wenig eingeschränkten Bezug und kann nach eigenem Ermessen Lehrveranstaltungen abhalten und die Universitätseinrichtungen benutzen.

Neben der o. Prof. gab es vor der letzten Reform des UOG bzw. des Beamtendienstrechts früher die ao. Prof. (außerordentliche ProfessorInnen). Diese waren nicht InhaberIn einer Planstelle bzw. eines Lehrstuhls, sondern wurde wegen besonderer Verdienste ad personam dazu ernannt. Das UOG 1993 hat diese Unterteilung aufgehoben. Alle seither ernannten Mitglieder der Professorinnenkurie haben nunmehr den Titel Univ.-Prof. Es bestehen allerdings Unterschiede in den Bezügen und in der Ämterfähigkeit. Univ.-Prof. können nicht mehr auf den bloßen eigenen Wunsch hin emeritieren. Emeritierung ist nur mehr dann möglich, wenn verschiedene universitäre Gremien bestätigen, dass sie der Universität nützen bzw. dass Bedarf dafür besteht.

ProfessorInnen erhalten neben ihrem Grundgehalt auch noch das sog. Kollegengeld, wenn sie mindestens 8 Wochenstunden (d.h. 8 Stunden pro Semest erwoche) Lehre anbieten.

Der „Mittelbau“

Alle an der Universität beschäftigten Personen, die nicht mehr Studentin sind, werden als Mittelbau bezeichnet. Diese Bezeichnung ist nicht gesetzlich verankert, hat sich aber eingebürgert, wobei die Gruppe äußerst heterogen ist. Die Tatsache, dass sie in der Hierarchie zwischen ('in der Mitte') den Professorinnen und den Studentinnen steht, ist der einzige gemeinsame Nenner. Im Gesetz ist auch die Bezeichnung 'UniversitätslehrerIn' verankert, die sich auf ProfessorInnen und Mittelbauangehörige gleichermaßen bezieht.

Traditionell umfasste der Mittelbau auch die sog. Lehrbeauftragten, auch externe LektorInnen oder auch nur LektorInnen genannt. Der Ausdruck 'LektorIn' ist aber insofern irreführend, als im Vorlesungsverzeichnis auch andere Lehrende des Mittelbaus 'Lektor' genannt werden. Die externen LektorInnen haben ausdrücklich kein Dienstverhältnis zur Universität, sondern erhalten semesterweise Verträge für eine bestimmte Anzahl von Lehrveranstaltungen, wobei es hinsichtlich der Wochenstundenanzahl eine Obergrenze gibt. Auch wenn etliche Lektorinnen ihre Lehraufträge schon seit Jahren unverändert immer aufs Neue erhalten, haben sie keinerlei Anspruch auf Weiterbeschäftigung seitens der Universität. Ihre soziale Absicherung ist in den nicht unumstrittenen Regelungen über Werkverträge und freie dienstverträge enthalten. Seit Inkrafttreten des UOG 1993 haben die externen Lektorinnen kein aktives oder passives Wahlrecht mehr für universitäre Gremien. Sie werden zwar gewohnheitsmäßig noch zum Mittelbau gezählt, können aber darin kaum noch eine Rolle spielen.

Der Mittelbau, der in einem Dienstverhältnis zur Universität steht, gliedert sich ebenfalls in mehrere Untergruppen. (wird fortgesetzt)

Christine Kasper

der vorstand des ULV

Der Vorstand des ULV, Stichtag 27.11.2000

Vorsitzender::

Mag.pharm.Dr.Leopold Jirovetz (Institut für Pharmazeutische Chemie, Althanstraße 14, 1090 Wien), Tel.: 4277 55091, FAX: 4277 9551, e-mail: jirovetz@speedy.pch.univie.ac.at (leopold.jirovetz@univie.ac.at)

Stellvertretender Vorsitzender::

Dr. Michael Leopold Pretterkieber (Institut für Anatomie, Währinger Straße 13, 1090 Wien, Tel.: 4277 61156, FAX: 4277 61176, e-mail: michael.leopold.pretterkieber@univie.ac.at

Sekretär:

ao.Univ.-Prof. Mag.Dr. Wolfgang Weigel (Institut für Wirtschaftswissenschaften, Hohenstaufengasse 9, 1010 Wien) Tel.: 4277 37442, FAX: 4277 9374, e-mail: wolfgang.weigel@univie.ac.at

Kassier:

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Walter Jäger (Institut für Pharmazeutische Chemie, Althanstraße 14, 1090 Wien) Tel.: 4277 55176, FAX: 4277 9551, e-mail: walter.jaeger@univie.ac.at

Fakultätsvertreter:

Katholisch-Theologische Fakultät: dzt.vakant

Evangelisch-Theologische Fakultät: dzt.vakant

Rechtswissenschaftliche Fakultät: dzt. vakant

Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Informatik:

Univ.-Ass. Mag. Dr. Christian Cenker (Institut für Statistik und Decision Support Systems, Universitätsstraße 5, 1010 Wien), Tel.: 4277 38635, FAX: 4277 38639, e-mail: christian.cenker@univie.ac.at Medizinische Fakultät

Ass.Prof.Dr.Ingwald Strasser (Institut für Medizinische Physik, Währingerstraße 13, 1090 Wien) Tel.:4277 60725, FAX: 4277 9607, e-mail: Ingwald.Strasser@univie.ac.at Geisteswissenschaftliche Fakultät

Ass.-Prof.Dr.Hans Taeuber (Institut für Alte Geschichte, Dr.Karl Lueger Ring 1, 1010 Wien), Tel.: 4277 40531, FAX: 4277 9405, e-mail: hans.taeuber@univie.ac.at Grund-und Integrativwissenschaftliche Fakultät

Dr. Helga Schaukal-Kappus (Institut für Erziehungswissenschaft, Universitätsstraße 7, 1010 Wien), Tel.: 4277 48077, FAX: 4277 48089, e-mail: helga.schaukal-kappus@univie.ac.at Naturwissenschaftliche Fakultät

Mag. Dr. Günter Trettenhahn (Institut für Physikalische Chemie, Währinger Straße 42, 1090 Wien), Tel.: 4277 52463, FAX: 4277 9524, e-mail: guenter.trettenhahn@univie.ac.at, *Weitere Mitglieder des Vorstandes*

Ass.-Prof.i.R.Mag.Dr.Alfred Kosak

ao.Univ.-Prof.Dr.Heide Cross (Institut für Allgemeine und Experimentelle Pathologie, Währinger Gürtel 18-20, 1090 Wien), Tel.: 40400 5123/5124, e-mail: Heide.Cross@akh-wien.ac.at

Ass.-Prof.Dr.Harald Oelschlaeger (Institut für Physikalische Chemie, Währingerstraße 42, 1090 Wien), Tel.: 4277 52438, FAX: 4277 9524, e-mail: Harald.Oelschlaeger@univie.ac.at

Rechnungsprüfer:

ao.Univ.-Prof.Dr.Edith Specht (Institut für Alte Geschichte, Dr.Karl Lueger Ring 1, 1010 Wien), Tel.: 4277 40550, FAX: 4277 9405, e-mail: edith.specht@univie.ac.at

ao.Univ.-Prof.Dr.Gisela Gerber (Institut für Erziehungswissenschaften, Garnisonsgasse 15, 1090 Wien), Tel.: 408 84 33, FAX: 408 6922, e-mail: Gisela.Gerber@univie.ac.at

Ersatzrechnungsprüfer:

ao.Univ.-Prof.Dr.Christian Krattenthaler (Institut für Mathematik, Sensengasse 8, 1090 Wien), Tel.: 4277 50643, FAX: 4277 50665, e-mail: christian.krattenthaler@univie.ac.at

ao.Univ.-Prof.Dr.Friedrich Brein (Institut für Klassische Archäologie, Franz Klein Gasse 1, 1180 Wien), Tel.: 4277 40620, FAX: 4277 9406, e-mail: friedrich.brein@univie.ac.at

